

Katrin Göring-Eckardt MdB

Vorsitzende der Bundestagsfraktion
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Katrin Göring-Eckardt MdB · Lutherstraße 5 · 99089 Erfurt

Regionalbüro
Lutherstraße 5 | 99089 Erfurt

Reiko Beil
Österreicher Straße 16
01279 Dresden

☎ (0361) 57 65 040
✉ (0361) 57 65 040
✉ erfurt@goering-eckardt.de

Erfurt, 4. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Beil,

den Wunsch der Bevölkerung nach mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten auch zwischen den Wahltagen nehmen wir Grüne sehr ernst. Wir bemühen uns deshalb schon seit Jahren um die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene. Wir wollen, dass durch die Volksinitiative auch Gesetzesvorschläge von außen das Parlament erreichen. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger direkter in politische Entscheidungen einbezogen werden. Und wir wollen, dass die Bevölkerung in Deutschland die Möglichkeit bekommt, wichtige Sachfragen rechtlich bindend selbst zu entscheiden.

Es gibt sehr gute Erfahrungen mit direkter Demokratie aus den Bundesländern. Und es gibt eine breite Basis durch alle politischen Lager, die sich für den Ausbau direkter Demokratie auf Bundesebene einsetzt. Wir Grüne haben bereits zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in den Deutschen Bundestag eingebracht:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/006/1600680.pdf>

Jedoch blockierte die CDU/CSU die Gesetzesinitiative mit ihrer Veto-Macht.

Grundsätzlich sollen sich Volksentscheide auf alle Politikbereiche beziehen dürfen. Finanzwirksame Volksinitiativen sind aus unserer Sicht ausdrücklich zulässig. Ausnahmen sind lediglich das Haushaltsgesetz selbst, Abgabengesetze und die Wiedereinführung der Todesstrafe. Die Grundrechte und auch der Schutz von Minderheiten müssen geachtet werden.



Katrin Göring-Eckardt
Vorsitzende der Bundestagsfraktion
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 4. Juni 2015

Wir haben im Blick, dass organisierte und vor allem finanzstarke Interessengruppen versuchen können, direkte demokratische Prozesse zu dominieren. Direkte Beteiligungsformen erfordern deshalb ganz besonders, dass Politiker ihre Vorhaben den Bürgerinnen erklären und sie frühzeitig einbeziehen.

Wir sind der Meinung, dass unsere Demokratie durch die Einführung der Volksgesetzgebung auf Bundesebene lebendiger und bunter wird.

Mit freundlichen Grüßen



i.A.
Michael Kost
Leiter Wahlkreisbüro